



GEMEINSAM AKTIV GEGEN RECHTSEXTREMISMUS



Rheinland-Pfalz
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
55116 Mainz, Schillerplatz 3-5
55022 Mainz, Postfach 3280
Internet: www.verfassungsschutz.rlp.de

Gemeinsam aktiv
gegen
Rechtsextremismus



Vorwort

Der Rechtsextremismus steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit zum Wertefundament unserer Verfassung. Die Weltanschauung der Rechtsextremisten ist rassistisch, antisemitisch, nationalistisch und demokratiefeindlich - sie ist ein Angriff auf die Menschenwürde. Rechtsextremisten haben unfassbares Leid über viele Menschen gebracht und unbeschreibliche Verbrechen begangen. Das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte, die Zeit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft von 1933 bis 1945, hat dies in unser Bewusstsein gebrannt.

Nicht alle haben aus der Geschichte gelernt. Auch heute sind Rechtsextremisten aktiv; manche von ihnen schrecken gar vor brutalen terroristischen Mordtaten nicht zurück, wie am Beispiel des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) auf besonders tragische Weise deutlich wird. Der Hass, der diesen Taten zu Grunde liegt, gedeiht in einem unsäglichen Klima von Vorurteilen und Feindbildern. Rechtsextremistische Hetze richtet sich gegen Menschen mit Migrationshintergrund, gegen Minderheiten wie Juden und Muslime, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Homosexuelle sowie gegen politisch anders Denkende. Letztlich sind viele betroffen, genauer gesagt: Wir alle sind betroffen.

Die konsequente und dauerhafte Bekämpfung des Rechtsextremismus bleibt daher eine der wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. In Rheinland-

Pfalz hat die Landesregierung dies mit vielen gesellschaftlichen Kräften am 28. Mai 2008 in der Gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus unter dem Leitgedanken „Keine Toleranz gegenüber der Intoleranz!“ nochmals bekräftigt.

Wichtig ist vor allem, den geistigen Nährboden des Rechtsextremismus auszutrocknen. Dabei ist eine langfristig angelegte Ursachenbekämpfung ebenso erforderlich wie eine regelmäßige Information der Bevölkerung. Nur wer sich über die Folgen und Auswüchse rechtsextremistischen Handelns in vollem Umfang bewusst ist, wird auch immun gegenüber diesem menschenverachtenden Gedankengut sein können.

Unter dem Motto „Prävention durch Information“ leistet die Ihnen vorliegende Broschüre der rheinland-pfälzischen Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Ich hoffe, sie erreicht viele Leserinnen und Leser und motiviert, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren.



Roger Lewentz

Minister des Innern,
für Sport und Infrastruktur

Inhalt

1. Extremismus – was ist das?	6
2. Rechtsextremismus - Weltanschauung gegen die Menschenwürde	9
3. Vom Nationalsozialismus bis heute	14
4. Das rechtsextremistische Spektrum	16
5. Rechtsextremistische Musik	30
6. Rechtsextremisten im Internet	32
7. Entwicklungen im Rechtsextremismus	36
8. Rheinland-Pfalz aktiv gegen Rechtsextremismus	44
9. Ansprechpartner gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz	49

1. Extremismus – was ist das?

Die Definition des Extremismus und die exakte Bestimmung dieses gesellschaftlichen Phänomens werden durch den Umstand erschwert, dass es hierüber keine einheitliche Auffassung gibt. Zudem ist der Extremismusbegriff als solcher nicht unumstritten. Kritiker argumentieren u.a., dass mit diesem ausschließlich ein Problem an den politischen Rändern bezeichnet werde, was der offenkundigen Durchdringung der Gesellschaft mit extremistischem Gedankengut und solchen Verhaltensweisen nicht Rechnung trage. Es werde der Eindruck erweckt, dass Extremismus letztlich („nur“) ein Randgruppenproblem sei. Ebenso geben Kritiker zu bedenken, dass sich die unterschiedlichen Ausprägungen des Extremismus aufgrund ihrer spezifischen Eigenarten nicht unter einem Sammelbegriff vereinen ließen.

Der Verfassungsschutz folgt aufgrund der Rechts- und Gesetzeslage¹ einer Definition, der kein soziologischer Ansatz zu Grunde liegt. Sie richtet sich vielmehr an der grundlegenden Zielsetzung („kleinster gemeinsamer Nenner“) aller Extremisten aus, der Beseitigung der *freiheitlichen demokratischen Grundordnung*:

Als Extremismus werden demnach politisch bestimmte Verhaltensweisen (Bestrebungen) bezeichnet, die darauf gerichtet sind, zumindest einen der in der *freiheitlichen demokratischen Grundordnung* des Grundgesetzes niedergelegten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Die im Grundgesetz in mehreren Artikeln erwähnte *freiheitliche demokratische Grundordnung* wurde vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 1952 im Urteil über die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der rechtsextremistischen „Sozialistischen Reichspartei“ (BVerfGE 2, 1 – SRP-Verbot) wie folgt konkretisiert: „*Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherr-*

¹ Vgl. insb. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland i.V.m. dem Bundesverfassungsschutzgesetz und den Verfassungsschutzgesetzen der Länder

schaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“

Extremisten wollen unser politisches und gesellschaftliches System abschaffen. Von allen Formen des Extremismus gehen somit Gefahren für die Staats- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland aus.

Der *Extremismus* wird dabei wie folgt vom *Radikalismus* abgegrenzt: Die als *Radikalismus*² bezeichneten Verhaltensweisen beschränken sich darauf, den politischen Gestaltungsspielraum des Grundgesetzes in vollem Umfang zu nutzen, um Veränderungen herbeizuführen, ohne dabei aber die Verfassung und die freiheitliche demokratische Grundordnung selbst in Frage zu stellen.

Der Verfassungsschutz beobachtet ausschließlich extremistische Bestrebungen und wertet sie aus, damit Politik und Öffentlichkeit informiert werden können. Nicht erfasst von dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag und auch nicht Gegenstand der folgenden Ausführungen, sind extremistische Einstellungen auf der Grundlage einschlägiger weltanschaulich-ideologischer Bestimmungsfaktoren. Hierunter sind beispielsweise Meinungen, Haltungen oder Orientierungen zu verstehen, ohne dass diese bereits ein entsprechendes Verhalten nach sich ziehen.

Der Extremismus, d.h. auch der Rechtsextremismus, tritt als Verhaltens- oder Einstellungspotenzial offenkundig in allen Gesellschaftsschichten und gesell-

2 Adjektiv radikal (von lat. *radix* – Wurzel), sinngemäß: „an die Wurzel gehend“, „an der Wurzel anpackend“

schaftlichen Gruppen in unterschiedlicher Größe und Verdichtung zu Tage. Er ist demnach kein „Randgruppenphänomen“. Für sein Entstehen ist eine Reihe von individuellen und gesellschaftlichen Einflussgrößen mitverantwortlich.

Die bekannten extremistischen Erscheinungsformen wie der Rechtsextremismus werden in der Regel von Weltanschauungen oder Ideologien getragen, die nicht zuletzt deren Protagonisten als Rechtfertigung ihres Tuns dienen. Ausprägung und Entwicklung solcher Theoriemodelle sind von Fall zu Fall sehr unterschiedlich.

2. Rechtsextremismus - Weltanschauung gegen die Menschenwürde

Der Rechtsextremismus fußt auf keiner einheitlichen Ideologie im Sinne einer umfassenden, in sich geschlossenen, theoretischen Grundlage. Die Weltanschauung der Rechtsextremisten und ihre daraus resultierenden politischen Überzeugungen sind vielmehr das Ergebnis eines verhängnisvollen Zusammenwirkens verschiedener charakteristischer Merkmale (Ideologiefragmente). Zu Tage traten die meisten dieser Merkmale nach und nach im Laufe der Neueren Geschichte; der Einfluss verschiedener zeitgeschichtlicher, gesellschaftspolitischer Entwicklungen spielte dabei eine tragende Rolle.³

Kennzeichnend ist: Die wesentlichen weltanschaulichen Grundzüge des Rechtsextremismus spiegeln in ihrer Gesamtheit ein zutiefst menschenverachtendes und demokratiefeindliches Denken wider. Humanistische Prinzipien, wie die Menschenwürde, die Gewissensfreiheit und die Toleranz, werden von den Rechtsextremisten missachtet. Dies gilt ebenso für die Erkenntnis von der Selbstbestimmungsfähigkeit des Einzelnen und dessen Freiheit vor staatlicher Willkür und Bevormundung; Liberalität und Individualität sind den Rechtsextremisten fremd.

Die Gründe für diese Eigenschaften des Rechtsextremismus liegen auf der Hand. Maßgebend für die rechtsextremistische Weltanschauung ist nämlich ein Denken in Ungleichheitskategorien, das Menschen einen unterschiedlichen Wert beimisst. Diese Geisteshaltung bereitet den Nährboden für **Rassismus, völkischen Kollektivismus, Nationalismus und Autoritarismus** als zentrale Merkmale des Rechtsextremismus.

Rassismus - Kernelement der rechtsextremistischen Weltanschauung

Die rechtsextremistische Sicht auf die Menschheit ist von einem historisch

³ Die wesentlichen Grundzüge des Rechtsextremismus entwickelten sich in der Epoche der Moderne, beginnend im neunzehnten Jahrhundert. Die Zeit war durch tiefgreifende Umbrüche in Staat, Gesellschaft und Wirtschaftsleben gekennzeichnet.

gewachsenen Rassedanken geprägt.⁴ Nach Überzeugung der Rechtsextremisten unterscheiden sich Völker (Ethnien) aufgrund unterschiedlicher erbmäßiger Anlagen in Fähigkeiten, Eigenschaften oder kulturellen Entwicklungen und damit letztlich in ihrer „Wertigkeit“. Rechtsextremisten gehen insofern auch von der Existenz einer angeblich naturgegebenen bzw. natürlichen hierarchischen Ordnung von Rassen aus. Daraus folgert, dass einzelne Menschen je nach ethnischer Zugehörigkeit willkürlich in vermeintlich höher- und minderwertige kategorisiert werden. Sich selbst sehen die Rechtsextremisten dabei in einer natürlichen Herrscherrolle innerhalb der Gesellschaft(en). Während der Nazidiktatur von 1933 bis 1945 trat diese Geisteshaltung in Begriffen wie „Herrenmenschen“ oder „Herrenrasse“ zu Tage. Vom damaligen Regime als „minderwertig“ bezeichnete Menschen wurden als „Volksschädlinge“, „Ungeziefer“ oder gar als „unwertes Leben“ abgewertet, damit systematisch entwürdigt und schließlich gar vernichtet. An diesem weltanschaulich determinierten Automatismus von Stigmatisierung, Entwürdigung und Ausgrenzung hat sich bis heute nichts geändert - am Ende einer solchen Entwicklung können Terror und Mord stehen, was durch die Geschichte hinlänglich dokumentiert ist.

Damals wie heute behaupten die Rechtsextremisten zudem, dass die Menschheit gewissen „Naturgesetzen“ unterworfen sei. Sie sprechen beispielsweise vom „Recht des Stärkeren“ oder dem „Prinzip der Auslese (der Schwachen)“. Diese sozialdarwinistische⁵ Sichtweise vom vermeintlichen „Überlebens-“

4 Der Begriff Rasse wurde lange Zeit für die willkürliche Einteilung/Klassifizierung von Menschen(-gruppen) benutzt, immer wieder auch wertend, so durch eine Reihe von Rassetheoretikern im 19. Jahrhundert. Wissenschaftliche Forschungen belegen, dass dieser Begriff untauglich ist und der Vielfalt menschlichen Lebens sowie dessen genetischen Grundlagen nicht gerecht wird. In der Erklärung zur UN Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz (Durban, 31. August bis 8. September 2001) heißt es hierzu: „*Jede Lehre rassistischer Überlegenheit ist wissenschaftlich falsch, moralisch zu verurteilen sowie sozial ungerecht und gefährlich und ist zusammen mit Theorien, mit denen versucht wird, die Existenz getrennter menschlicher Rassen nachzuweisen, zu verwerfen.*“ Der Rat der Europäischen Union führt in seiner Richtlinie 2000/43/ vom 29. Juni 2000 (veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Juli 2000) u.a. aus: „*Die Europäische Union weist Theorien, mit denen versucht wird, die Existenz verschiedener menschlicher Rassen zu belegen, zurück.*“

Der Rassegedanke im engeren Sinn ist von der Vorstellung der Höchstwertigkeit der arischen - oder auch nordisch-germanischen - Rasse getragen. Er kann als Schlüsselement der nationalsozialistischen Ideologie bezeichnet werden.

5 Im späten neunzehnten Jahrhundert entwickelte sozialwissenschaftliche Theorie, die Forschungen Charles Darwins (1809-82) zur biologischen Evolution (Entwicklung der Arten in der Tier- und Pflanzenwelt) auf menschliche Gesellschaften anwendet. Die Anhänger dieser wissenschaftlich wie moralisch haltlosen Ideen führen die Entwicklung menschlicher Gesellschaften auf einen Ausleseprozess zurück, bei dem sich im „Kampf ums Dasein“ der „Tüchtigste“ (auch der „Stärkste“) durchsetzt.

oder „Daseinskampf“ innerhalb von Gesellschaften und zwischen ihnen war eine der geistigen Grundlagen der nationalsozialistischen Rassen- und Volkstumspolitik.⁶

Der im Rechtsextremismus zutiefst verwurzelte und stetig lebendige Rassismus bedingt nicht zuletzt ein fortwährendes, exzessives **Feindbilddenken**. Diesem fallen unter dem Sammelbegriff Fremdenfeindlichkeit regelmäßig vor allem Asylsuchende, Zuwanderinnen und Zuwanderer sowie hier lebende Menschen anderer Herkunftsländer anheim. Betroffen sind zudem Angehörige bestimmter Religionen, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, sozial Entwurzelte und viele andere Gruppen, so nicht zuletzt politisch anders Denkende.

Hervorstechend ist dabei die im Rechtsextremismus historisch hergebrachte Judenfeindschaft, der **Antisemitismus**.⁷ Im rechtsextremistischen Spektrum wirkt der Antisemitismus seit jeher als eine lagerübergreifende ideologische Klammer. Unter den vielen Motiven für Antisemitismus (z.B. vorgeblich religiöser, sozialer, wirtschaftlicher oder antizionistischer Prägung) sticht dabei - wie zu Zeiten nationalsozialistischer Herrschaft - besonders das des Rassismus hervor. Rassistische Motive dürften gerade bei Rechtsextremisten selbst dann zumindest unterschwellig eine Rolle spielen, wenn vordergründig scheinbar Unverfänglichkeit suggeriert wird (z.B. durch dem Augenschein nach allgemein gehaltener Kritik an der Politik israelischer Regierungen).

Weitere, seit Langem offenkundige Feindbilder der Rechtsextremisten sind die Minderheiten der Sinti und Roma.⁸ **Antiziganismus** hat wie der Antisemi-

6 Hierzu zählten im Innern eine Vielzahl von Maßnahmen der sogenannten Rassenhygiene, die von Zwangssterilisation bis hin zur Euthanasie, dem von Hitler selbst (schriftlich) angeordneten Mord an Behinderten, reichten. Nach außen bildete die wie beschrieben definierte Volkstumspolitik eine Triebfeder für den Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug in Osteuropa („Lebensraum im Osten“).

7 Der Begriff Antisemitismus wird im allgemeinen Sprachgebrauch und in der Forschung nicht einheitlich verwendet. Die Motive für Judenfeindschaft müssen auch nicht zwangsläufig und allein rassistische sein. Religiöse, soziale, wirtschaftliche und politische Gründe können ebenso eine Rolle spielen.

8 Im Mittelalter fand der nunmehr seit geraumer Zeit klischeebehaftete, abwertende Begriff „Zigeuner“ Eingang in den Sprachgebrauch. Antiziganismus bezeichnet - vergleichbar dem Antisemitismus - eine spezielle Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

tismus lange vor dem Nationalsozialismus zurückreichende Wurzeln. Auch er nährt sich im Rechtsextremismus vor allem aus rassistischen Motiven. Sinti und Roma waren unter der Naziterrorherrschaft Opfer von Verfolgung und Völkermord. Sie zählen bis heute unter Rechtsextremisten zu den Projektionsflächen für deren hasserfüllte, menschenverachtende Agitation.

Zu einem weiteren gewichtigen Faktor hat sich in jüngerer Zeit die **Islamfeindlichkeit** entwickelt. Muslime werden von den meisten Rechtsextremisten generell als Bedrohung wahrgenommen und als „kulturfremd“ diffamiert. Dabei wird in aller Regel (bewusst) kein Unterschied zwischen Islamisten und der Glaubensgemeinschaft insgesamt gemacht.⁹

Völkischer Kollektivismus - Ideologie der Volksgemeinschaft

Rechtsextremisten sehen im Volk eine Abstammungsgemeinschaft, d.h. konkret eine ethnisch homogene, im rassistischen Verständnis „reine“ Gruppe. In



dieser als „Volksgemeinschaft“ bezeichneten Gesellschaft haben nach Überzeugung der Rechtsextremisten alle keinen Platz und keine Rechte, die von ihnen als „minderwertig“, „artfremd“ oder „andersartig“ kategorisiert werden. Die Menschen, die solchem Feindbilddenken anheimfallen, werden systematisch ihrer Würde beraubt, um sie gesellschaftlich auszugrenzen. Hetze und Ausgrenzung können letztlich jeden treffen, denn jedes Individuum hat sich in der „Volksgemeinschaft“ bedingungslos den Interessen der

Gemeinschaft unterzuordnen (Motto: „Der Einzelne ist nichts, die Gemeinschaft ist alles“).

⁹ Der Begriff des Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke dieser islamistischen Ideologie ist die Behauptung, alle Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott (Allah) ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des Grundgesetzes, insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Islamisten halten die Etablierung einer islamischen Gesellschaftsordnung für unabdingbar. Dieser Ordnung sollen letztlich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden.

Nationalismus - weit mehr als Patriotismus

Für die Rechtsextremisten ist die Nation deckungsgleich mit der rassistisch verstandenen „Volksgemeinschaft“ (Rassenation) und damit ein Wert an sich, der über den Menschenrechten steht. Rechtsextremisten glorifizieren die eigene Nation, erachten sie als anderen Nationen überlegen und würdigen letztere herab. Nach den für Rechtsextremisten typischen Vorstellungen haben auch „überlegene“ Nationen das naturgegebene Recht, die „schwächeren“ zu beherrschen. Damit widersprechen die Rechtsextremisten den Gedanken der Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker. Ihr Verständnis von der Nation geht weit über ein normales Maß an Nationalbewusstsein oder Patriotismus hinaus.

Autoritarismus - Kontrapunkt zur Demokratie

Rechtsextremisten streben einen autoritären Staat an, in dem die Staatsführung und das ethnisch homogene Staatsvolk eine (geistige) Einheit bilden sollen. Die mit weitreichenden Vollmachten ausgestattete Staatsführung hat die Aufgabe, den nicht näher präzisierten „Volkswillen“ zu vollstrecken. Die Legitimation der Führung begründet sich nicht auf Wahlen. Das im Widerspruch zum demokratischen Rechtsstaat stehende Staatsmodell ist nach den Vorstellungen der Rechtsextremisten hierarchisch strukturiert. Viele Rechtsextremisten orientieren sich dabei immer noch am nationalsozialistischen „Führerprinzip“.

Das autoritäre Staatsverständnis der Rechtsextremisten ist antipluralistisch und antiliberal. Wären Rechtsextremisten an der Macht, würden die Freiheits- und Beteiligungsrechte des Einzelnen (insbesondere die Rechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit und das Wahlrecht) erheblich eingeschränkt oder gar außer Kraft gesetzt. In letzter Konsequenz führt dies zu einer Diktatur bzw. einem totalitären Staat.

Die von Rechtsextremisten als artfremdes, korruptes und dekadentes System diffamierte Demokratie wird daher allenfalls aus taktischen Gründen „geduldet“, nämlich solange man sich ihrer bedienen kann, um auf vordergründig legale Weise Macht zu erlangen.

3. Vom Nationalsozialismus bis heute

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft von 1933 bis 1945 hat die verheerenden Wirkungskräfte der rechtsextremistischen Weltanschauung auf erschreckende Weise zu Tage treten lassen. Die elementaren Menschenrechte wurden systematisch missachtet, Minderheiten ausgegrenzt, gedemütigt, misshandelt und ermordet - Entrechtung und Verfolgung waren allgegenwärtig. Der Rassegedanke, der insbesondere im letztlich exterminatorischen Antisemitismus Ausdruck fand, wurde zur Staatsdoktrin. Diese Wirklichkeit ausblendend, gaukelten die Machthaber auf der anderen Seite der Bevölkerung mittels massiver Propaganda die scheinbar heile Welt einer „Volksgemeinschaft“ vor. Bei näherem Hinsehen zeigte sich, dass alles nur Täuschung war. Hinter der Fassade herrschten Korruption, Intrigen und Dekadenz unter den neuen „Eliten“. Die Wirtschaft arbeitete gigantische Rüstungsaufträge ab, die früher oder später zwangsläufig in den Staatsbankrott geführt hätten. Rassismus und nationalistische Verblendung prägten die Politik der Machthaber und ihrer Mitläufer in der Zeit des „Dritten Reichs“. Die Entwicklung mündete in dem von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg. In dessen Verlauf konnten sich die verbrecherischen Triebkräfte des Rechtsextremismus damaliger Prägung so weit entfalten, bis fast ganz Europa in Schutt und Asche lag. „Nie wieder!“ hieß es daher in der „Stunde Null“.

Mit dem Zusammenbruch der Nazidiktatur fand der Rechtsextremismus allerdings nicht sein Ende. Dies konnte auch nicht erwartet werden, denn Rechtsextremismus ist keine Erfindung der Nationalsozialisten. Und auch heute ist nicht jeder Rechtsextremist zwangsläufig ein bekennender Neonationalsozialist. Vielmehr hat der Rechtsextremismus - wie erwähnt - seine charakteristischen weltanschaulichen Wurzeln im neunzehnten Jahrhundert. In unterschiedlichen Schattierungen entwickelte er sich innerhalb der bestehenden Gesellschaftsstrukturen, zunächst vor allem im europäischen Raum. Die daraus resultierenden Herrschaftssysteme, so der italienische Faschismus oder der deutsche Nationalsozialismus, waren Abschnitte einer Entwicklung, nicht aber deren Ende.

Rechtsextremismus als Weltanschauung und rechtsextremistische Strukturen spielten demnach auch in der Geschichte der beiden deutschen Staaten nach

1945 eine Rolle. In der Bundesrepublik Deutschland formierten sich bereits in den fünfziger Jahren des vorausgegangenen Jahrhunderts wieder erste rechtsextremistische Zusammenschlüsse. Im Jahr 1952 wurde die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und verboten. Die Partei war maßgeblich von ehemaligen Nationalsozialisten geprägt worden. In den sechziger Jahren wurde die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) gegründet, die in dieser Dekade zeitweise in sieben Landtagen vertreten war, danach aber, als sie alle Sitze wieder verlor, fast in der Bedeutungslosigkeit versank. Als neues Sammelbecken für Rechtsextremisten wurde Anfang der siebziger Jahre von dem Münchner Verleger Dr. Gerhard Frey die „Deutsche Volksunion“ (DVU) zunächst als Verein gegründet; später wurde daraus die gleichnamige Partei. In den siebziger und achtziger Jahren entstanden zudem neben dem rechtsextremistischen Parteienspektrum vermehrt neonazistische Zusammenschlüsse, darunter zeitweise terroristische Kleingruppen.

Auch in der ehemaligen DDR gab es hinter der von offizieller Seite gepflegten antifaschistischen Fassade¹⁰ rechtsextremistische Umtriebe, die aber von den Staatsorganen weitgehend totgeschwiegen wurden. Recherchen der Stasi-Unterlagen-Behörde haben zu Tage gebracht, dass vom „Ministerium für Staatssicherheit“ der DDR zwischen 1965 und 1980 rund 2.300 Vergehen mit „faschistischem und antisozialistischem“ Hintergrund erfasst worden sind.

Dabei wird von einer weit höheren Dunkelziffer ausgegangen.¹¹ In das Blickfeld der Öffentlichkeit geriet das Thema durch einen Überfall von Rechtsextremisten auf ein Konzert in der Ost-Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987.

In den Jahren nach der Wiedervereinigung ist die gesamtdeutsche Problematik des Rechtsextremismus angesichts einer Vielzahl rechtsextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten, einer aggressiver gewordenen rechtsextremistischen Agitation und einzelner Erfolge rechtsextremistischer Parteien bei

10 In der DDR-Verfassung vom 6. April 1968, in der Fassung vom 7. Oktober 1974, heißt es in Artikel 6 Nr. 1: „Die Deutsche Demokratische Republik hat ...auf ihrem Gebiet den...Nazismus ausgerottet“.

11 Vgl. „Das braune Erbe der DDR“ auf Spiegel-Online vom 22. Februar 2001, www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,119190,00.html

Landtagswahlen bewusst geworden. Hinzu kommt die Etablierung der von Jugendlichen geprägten subkulturell-gewaltbereiten Szene, die sich in den neunziger Jahren formierte.

4. Das aktuelle rechtsextremistische Spektrum

Das rechtsextremistische Spektrum besteht aus verschiedenen Strömungen und Erscheinungsformen, die zusammen keinen einheitlichen, geschlossenen politischen Block bilden - es existiert keine „braune Einheitsfront“. Allerdings gibt es vielerlei Schnittmengen zwischen den unterschiedlichen Erscheinungsformen, u.a. bedingt durch einzelne strukturelle Verzahnungen, Doppel- oder Mehrfachzugehörigkeiten und vor allem persönliche Kontakte. Wiederholte Bündnisbestrebungen mit dem Ziel, die Zersplitterung des rechtsextremistischen Lagers in großem Stil zu überwinden, waren bislang erfolglos. Ungeachtet dessen gibt es vielfältige Formen der Zusammenarbeit und eine fortschreitende Vernetzung (z.B. mittels Internet). So unterstützen Neonazis seit mehreren Jahren die rechtsextremistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) bei öffentlichen Aufmärschen und bei Wahlkämpfen.

Die Strömungen im Rechtsextremismus können anhand ihrer Organisationsformen (z.B. Parteien, Vereine, vereinsähnliche Gruppen etc.), ihres Organisationsgrades (feste Strukturen oder lose, informelle Zusammenschlüsse), ihres Verhaltens (z.B. eher aktions-, diskurs- oder parlamentsorientierte Gruppen) und ihrer ideologisch-politischen Vorstellungen und Zielsetzungen unterschieden werden. Im Wesentlichen lassen sich folgende Strömungen und Erscheinungsformen (Hauptrichtungen) darstellen:



Diesem Spektrum gehören bundesweit insgesamt etwa 21.700¹² Personen an, davon ca. 660 in Rheinland-Pfalz. Dominiert wird dieses Potenzial weiterhin von Männern, der Anteil von Frauen liegt insgesamt bei weniger als 20 %. Im Einzelnen stellen sich die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wie folgt dar:

Gewaltbereite Rechtsextremisten¹³ und Rechtsterroristen

Die rechtsextremistische Weltanschauung ist von exzessivem Feindbilddenken und gleichermaßen von diffusen Bedrohungsvorstellungen geprägt. Hieraus resultiert bei ihren Protagonisten ein stetes Aggressionspotenzial. Hinzu kommt, dass in rechtsextremistischen Kreisen das historisch gewachsene, tief verwurzelte Rollenverständnis eines „politischen Soldaten“ (oder „Kriegers“) gepflegt wird. Damit einher geht eine unkritische Verherrlichung des Militärischen und vermeintlich vorbildhafter militärischer Tugenden. Die Neigung, Gewalt zumindest als Option zur Durchsetzung politischer Ziele zu betrachten oder zu erwägen, ist unter Rechtsextremisten demnach erfahrungsgemäß groß. Wenngleich bei Weitem nicht jeder Rechtsextremist zwangsläufig auch zum Täter wird, besteht angesichts dieser Umstände und generell niedriger Hemmschwellen fortwährend die Gefahr, dass sich das Aggressionspotenzial entlädt.

Gewaltbereite Rechtsextremisten bilden insofern keine eigenständige Erscheinungsform. Sie repräsentieren vielmehr eine „Schnittmenge“ von Personen aus den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen und Gruppierungen. Den Schwerpunkt bilden dabei Aktivisten aus dem subkulturell geprägten Spektrum und aus Teilen des Neonazi-Milieus. Bundesweit können etwa 9.600 gewaltbereite Rechtsextremisten gezählt werden, d.h. 44 % des gesamten rechtsextremistischen Personenpotenzials. In Rheinland-Pfalz werden dem gewaltbereiten Spektrum ca. 150 Personen zugerechnet (rund 50

12 Alle Angaben zu Mitgliederzahlen beruhen auf dem Stand Anfang 2014.

13 Zu den gewaltbereiten Rechtsextremisten werden nicht nur Täter oder Tatverdächtige gezählt, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft gegeben sind. Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten werden oft spontan und zumeist von Gruppen begangen, die sich vorher auch durch exzessiven Alkoholgenuss „einstimmen“. Bei den Tätern handelt es sich meist um männliche Jugendliche und junge Erwachsene.

Skinheads und etwa 100 Neonazis), dies sind rund 23 % der Rechtsextremisten im Land.

Die Affinität von Rechtsextremisten zu Waffen und Sprengstoffen bedingt im Kontext mit der von ihnen verinnerlichten menschenverachtenden Weltanschauung seit jeher ein erhebliches Gefährdungspotenzial. Wiederholt wurde zudem in Teilen der Szene in der Vergangenheit über die Führbarkeit eines „bewaffneten Kampfes“, auch auf der Grundlage einzelner Theorieschriften, diskutiert. In den vergangenen rund drei Jahrzehnten haben sich wiederholt rechtsterroristische Kleingruppen gebildet, denen es jedoch zumeist weder gelang, sich dauerhaft zu etablieren, noch ein nennenswertes Unterstützermilieu um sich zu scharen. Zudem gab es auch terroristische Einzeltaten. Die Gefahr des Entstehens rechtsterroristischer Zusammenschlüsse oder die Ausübung terroristisch motivierter Taten durch Einzelne war somit stets latent. Zuletzt wurden mehrere Rechtsextremisten im Jahr 2005 nach § 129a StGB wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafen verurteilt.¹⁴

Eine neue Dimension der Bedrohung trat mit dem Bekanntwerden der rechtsterroristischen Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) im November 2011 zu Tage. Der Gruppe werden zehn Morde, die zwischen 2000 und 2007 begangen wurden, mehrere Banküberfälle und weitere Straftaten zur Last gelegt. Charakteristisch für das Vorgehen der Tatverdächtigen war vor allem ein Höchstmaß an Skrupellosigkeit und Menschenverachtung, eine über einen langen Zeitraum aufrechterhaltene hochgradige Konspiration und Abschottung sowie nicht zuletzt der für terroristische Strukturen unübliche Verzicht auf jegliche Erkennungsmerkmale, Tatbekennungen und -erklärungen. Am 8. November 2012 hat der Generalbundesanwalt vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München u.a. wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung Anklage gegen das mutmaßliche NSU-

14 Entsprechende Urteile ergingen vom Brandenburgischen Oberlandesgericht gegen Mitglieder der Gruppierung „Freikorps Havelland“, die zwischen 2003 und 2004 mehrere Brandanschläge gegen türkische und asiatische Imbisse durchgeführt haben sowie vom Bayerischen Obersten Landesgericht gegen Mitglieder der „Kameradschaft Süd“ um den Rädelführer Martin Wiese, denen u.a. die Planung eines Sprengstoffanschlags anlässlich der Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München im November 2003 nachgewiesen worden ist. In Rheinland-Pfalz kam es bislang zu keinen Verurteilungen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB.

Mitglied Beate Zschäpe sowie gegen vier mutmaßliche Helfer der Gruppe erhoben. Am 6. Mai 2013 wurde der Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht (OLG) gegen diesen Personenkreis eröffnet.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Bundesweit zählen ca. 7.400 Personen zu den subkulturell geprägten Rechtsextremisten. In Rheinland-Pfalz werden dieser Szene etwa 50 Personen zugeordnet, welche vor allem in der Vorderpfalz sowie in den Räumen Westerwald und Westpfalz in Erscheinung treten. Von der Region Westerwald aus bestehen Kontakte zu Gesinnungsgenossen nach Hessen und Nordrhein-Westfalen, in der Region Westpfalz in das Saarland; im Bereich der Vorderpfalz unterhält man Verbindungen nach Baden-Württemberg.

Dem subkulturellen rechtsextremistischen Spektrum gehören weit überwiegend männliche Jugendliche an; ein Schwerpunkt liegt nach wie vor in Ostdeutschland. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten verbindet ein erlebnis- und aktionsorientiertes Gemeinschaftsgefühl. Charakteristisch für die in der Mehrzahl informellen Zusammenschlüsse (Cliques) sind Strukturlosigkeit oder ein allenfalls niedriger Organisationsgrad sowie hohe Fluktuation. Hierarchien, sofern vorhanden, sind zumeist Ergebnis gruppenspezifischer Prozesse (Durchsetzungsfähigkeit des Stärkeren) und nicht eines geordneten Organisationsverhaltens. Ideologisch ist dieses Spektrum in erster Linie von neonazistischem Gedankengut geprägt, was durch die Verwendung entsprechender, vor allem rassistischer Symbole und Phrasen Ausdruck findet. Die politisch-weltanschauliche Arbeit ist jedoch weitgehend substanzlos. In vielen Fällen kann auch nicht von in sich geschlossenen, gefestigten extremistischen Weltbildern und Überzeugungen gesprochen werden („Grauzonenproblematik“).



Seit geraumer Zeit wird die subkulturelle rechtsextremistische Szene zwar von Skinheads dominiert. Allerdings verändert sich dieses Spektrum. Der Typus des traditionellen Skinheads verliert zunehmend an Attraktivität.

Immer mehr Aktivisten verzichten auf das über lange Zeit prägende martiale Äußere und auf einschlägige Kennzeichen. Vielmehr orientiert man sich im Auftreten an anderen Strömungen der Jugendkulturen oder zeigt sich in der Öffentlichkeit betont unauffällig. Mit diesem Prozess geht in aller Regel aber keine Abkehr von dem rechtsextremistischen Gedankengut einher.

Die Mehrheit der subkulturell geprägten Rechtsextremisten lässt sich nicht dauerhaft in feste Organisationsstrukturen wie beispielsweise rechtsextremistische Parteien integrieren. Rekrutierungsversuche größeren Umfangs seitens rechtsextremistischer Parteien scheiterten bislang weitestgehend. Allerdings findet auf regionaler Ebene immer wieder anlass- und aktionsbezogen ein Zusammenwirken statt, so mit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) bei öffentlichen Aufmärschen. Vermehrte Überschneidungen des subkulturellen Milieus (Doppelzugehörigkeiten oder gemischte Gruppen) gibt es hingegen mit Strukturen, die ebenso einen niedrigen Organisationsgrad aufweisen (z.B. neonazistische „Kameradschaften“).

Die szenetypische Musik spielt eine wichtige Rolle als Medium des Selbstverständnisses subkulturell geprägter Rechtsextremisten. Dieses ist von Gewaltbereitschaft, Ausländerhass, Nationalismus und Rassismus durchdrungen. Die Musik tut ein Übriges, indem sie mit gewaltverherrlichenden, fremdenfeindlichen Texten und harten Rhythmen Hass und Aggressionen schürt. Zugleich stärkt sie den Zusammenhalt (s. Kapitel 5.).

Neonationalsozialisten (Neonazis)

Den Neonationalsozialisten (Neonazis) können bundesweit ca. 5.800 Personen zugerechnet werden, in Rheinland-Pfalz sind es etwa 200. Vergleichsweise stärker in Erscheinung treten Neonazis in Rheinland-Pfalz in den Regionen Rheinhessen, Vorder- und Westpfalz sowie in Teilen des Westerwalds.

Weltanschaulich und programmatisch orientieren sich die Neonazis am historischen Nationalsozialismus. Dies dokumentieren Bezüge zum nationalsozialistischen Gedankengut von 1920 bis 1945, die Symbolik und das Auftreten der Neonazis sowie nicht zuletzt ihre einschlägige politische Agitation und

Propaganda. Vorbildcharakter für viele Szeneangehörige hat insbesondere die Rassen- und Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten. Entsprechend dieser ideologischen Grundausrichtung streben die Neonazis einen autoritären „Führerstaat“ mit diktatorischer Machtfülle an. Kern dieses Systems soll ein ethnisch homogenes Staatsvolk („Volksgemeinschaft“) sein.

Die Neonaziszene ist in ideologischer und struktureller Hinsicht nicht homogen. Nicht alle Neonazis interpretieren beispielsweise den historischen Nationalsozialismus in gleicher Weise oder sind erklärte Hitler-Anhänger. So existieren unter ihnen auch Befürworter „linksnationalistischer“ Ideen.¹⁵ Für andere, insbesondere jüngere Neonazis, hat die Ideologie der Nationalsozialisten an Verbindlichkeit verloren. Sie bedienen sich zwar einschlägiger weltanschaulicher Fragmente, ohne daraus aber einen zielgerichteten politischen Willen oder eine auf Dauer angelegte politische Arbeit zu entwickeln. Bei solchen neonazistischen Zusammenschlüssen stehen das Gemeinschaftserlebnis und der gemeinsame Aktionismus im Vordergrund.



Wegen ihrer ideologischen Positionen und ihrer latenten Gewaltbereitschaft wurden allein zwischen 1992 und Anfang 2014 bundesweit insgesamt 33 Neonazigruppen und drei neonazistische Skinhead-Vereinigungen verboten. Auch als Reaktion auf die Verbotsmaßnahmen organisiert sich ein Teil der Neonazis in sogenannten Kameradschaften.¹⁶ Dabei handelt es sich um autonome, lose Strukturen mit regionalem Zuschnitt und niedrigem Organisationsgrad, denen durchschnittlich etwa 15 bis 20 Personen angehören; zumeist handelt es sich dabei um männliche Jugendliche und Erwachsene. Aktuell hat sich der Trend verstärkt, selbst verhältnismäßig schwache Strukturen - wie die „Kameradschaften“ - zugunsten informeller, cliquenartiger Zusammenschlüsse aufzugeben.

15 Diese Neonazis berufen sich auf eine ehemals völkisch-sozialistische Gruppe in der NSDAP um die Brüder Gregor und Otto Strasser. Diese Kräfte, die sich gegen Hitler und die Mehrheit der NSDAP-Parteigänger nicht durchsetzen konnten, verband Vorstellungen von einem „linken Nationalsozialismus“.

16 Neonazis und rechtsextremistische Skinheads schließen sich seit mehreren Jahren verstärkt in gemischten „Kameradschaften“ zusammen.

Strukturell fährt die Neonaziszene mehrgleisig. Weite Teile finden sich in mitunter strukturarmen, cliquenhaften Gruppierungen mit regionalem Zuschnitt wieder, wie beispielsweise „Kameradschaften“. Solche Neonazis und organisationsunabhängige Gesinnungsgenossen titulieren sich u.a. als „Freie Nationalisten“ oder „Freie Kräfte“. Andere Neonazis wiederum orientieren sich in jüngerer Zeit verstärkt am Organisationsmodell einer Partei, wie die Gründungen der rechtsextremistischen Parteien „DIE RECHTE“ im Jahr 2012 und „Der III. Weg“ im Jahr 2013, die jeweils unter maßgeblicher Beteiligung von Neonazis stattfanden, zeigen.

In einzelnen Regionen sind Neonazis über die Grenzen der Bundesländer hinweg vernetzt. Hierzu haben sich die Führer von „Kameradschaften“ z.B. in „Aktionsbüros“ zusammengeschlossen, so im „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ im Dreiländereck Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen oder bis Anfang 2012 im „Aktionsbüro Mittelrhein“ in der Rhein-Ahr-Region.¹⁷ Mit solchen Strukturen soll der Mobilisierungsgrad erhöht und nach außen Stärke demonstriert werden.

Seit dem Jahr 2003 firmieren Teile des Neonazispektrums als „Autonome Nationalisten“ (AN). Die AN geben sich betont aktionistisch. Damit üben sie gerade auf junge Szeneangehörige Anziehungskraft aus. Auffällig sind ihr äußeres Erscheinungsbild, ihre Symbole und die von ihnen bei Demonstrationen skandierten Parolen. Sie ähneln dem Auftreten und Verhalten linksextremistischer autonomer Gruppen. Ideologisch orientieren sich die AN an nationalrevolutionärem Gedankengut.¹⁸ Kennzeichnend ist ihre Kapitalismus- und Globalisierungskritik. Politische Arbeit findet allerdings kaum statt. Im Neonazilager und unter anderen rechtsextremistischen Organisationen finden die AN auch nicht ungeteilte Zustimmung. Ihr Auftreten und ihre ideologische Ambivalenz werden kritisch betrachtet, wie auch ihre erhöhte Gewaltbereitschaft.

17 Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat am 3. Juli 2012 gegen 26 männliche Personen u.a. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und weiterer Straftaten beim Landgericht Koblenz Anklage erhoben (2090 Js 29752/10). Vorausgegangen waren umfangreiche Ermittlungen und Exekutivmaßnahmen i.Z.m. dem „Aktionsbüro Mittelrhein“.

18 Nationalrevolutionäre verstehen sich als systemfeindliche Kraft. Ihre Ideologie beruht auf einem völkisch-nationalistischen Weltbild vereint mit kollektivistischen Wirtschaftsvorstellungen. Sie pflegen eine antiwestliche bzw. antiamerikanische Haltung.

Zwischenzeitlich ist die Entwicklung weiter vorangeschritten und hat zu Veränderungen geführt. Zum Einen haben die AN als Strukturmodell an Bedeutung verloren. Sie kommen heute mehr als eine Art Aktionsform zum Tragen. Zu beobachten ist auch, dass eine Reihe von AN-Aktivisten heute (wieder) in hergebrachten Neonazistrukturen wie „Kameradschaften“ integriert ist. Insofern kann bei den AN auch nicht mehr in Gänze von einer eigenständigen Strömung im rechtsextremistischen Spektrum ausgegangen werden. Eine aussagekräftige Gesamtzahl des Potenzials lässt sich aufgrund der beschriebenen Entwicklung nicht darstellen.



Brennpunkte der AN waren bislang insbesondere in Nordrhein-Westfalen (Ruhrgebiet) und im Großraum Berlin. In Rheinland-Pfalz sind keine Strukturen zu erkennen. Angehörige der rechtsextremistischen Szene im Norden von Rheinland-Pfalz unterhalten jedoch gute Kontakte zu AN-Aktivisten in Nordrhein-Westfalen. Zudem wurden in Rheinland-Pfalz Internetauftritte bekannt, deren Aufmachung eine Nähe zur AN-Szene erkennen ließen.

Rechtsextremistische Parteien

Den rechtsextremistischen Parteien gehören bundesweit ca. 7.000 Mitglieder an (Rheinland-Pfalz: etwa 290). Von der Gesamtzahl entfallen rund 5.500 auf die NPD, in Rheinland-Pfalz sind es etwa 250, ca. 500 auf die 2012 gegründete Partei „DIE RECHTE“ (Einzelmitglieder in Rheinland-Pfalz) sowie rund 1.000 auf die regional agierende Partei „pro NRW“. Noch nicht eingerechnet sind ca. 100 Mitglieder der Ende September 2013 gegründeten Kleinstpartei „Der III. Weg“, der in Rheinland-Pfalz etwa 25 Personen angehören.

Allgemeine Entwicklung

In den letzten Jahren hat sich die rechtsextremistische Parteienlandschaft grundlegend verändert. Als einzige bundesweit strukturierte und ebenso politisch aktive Kraft kann derzeit nur noch die NPD bezeichnet werden. Zu der

Partei „Die Republikaner“ (REP) liegen bereits seit dem Jahr 2007 keine hinreichend gewichtigen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mehr vor. Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) erlitt zunächst nach dem Rückzug ihres Gründers und langjährigen Parteivorsitzenden Dr. Gerhard Frey vom Parteivorstand Anfang 2009 das Schicksal politischer Bedeutungslosigkeit, im Jahr 2012 erfolgte faktisch ihre Auflösung. Seitdem wurden zwei neue rechtsextremistische Parteien gegründet.

Mitte 2012 erfolgte die Gründung der Partei „DIE RECHTE“ durch den seit mehr als 30 Jahren aktiven Neonazi Christian Worch. Die Partei positionierte sich zu Beginn nach eigenen Angaben zwischen der NPD sowie der sogenannten Pro-Bewegung und wollte sich insofern offenkundig vergleichsweise „gemäßigter“ geben als die NPD. Das Parteiprogramm ist nach eigenem Bekunden eine modernisierte Fassung der DVU-Programmatik. Zwischenzeitlich hat die Partei „DIE RECHTE“, nicht zuletzt aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung, eine deutliche neonazistische Ausrichtung und Prägung angenommen. Dies spiegelt sich insbesondere im Landesverband Nordrhein-Westfalen wider.

Ende September 2013 wurde in Heidelberg die neue rechtsextremistische Partei „Der III. Weg“ gegründet.¹⁹ Dies geschah offenkundig auch in Folge einer Abspaltung ehemaliger NPD-Funktionäre vom Landesverband Rheinland-Pfalz. Der Parteivorstand setzt sich überwiegend aus ehemaligen NPD-Mitgliedern mit neonazistischer Prägung zusammen. Weltanschaulich lehnt sich die Partei „Der III. Weg“ unverkennbar am Gedankengut des historischen Nationalsozialismus an, was eine neonazistische Prägung bedingt.

Vorgehensweisen und Strategien

Die Funktionäre und Mitglieder rechtsextremistischer Parteien bedienen sich dieser Organisationsform, obwohl sie sie im Grunde als Teil des von ihnen bekämpften „Systems“ ablehnen. Dies hat überwiegend taktische Gründe, so

19 Die Partei wurde am 24. Oktober 2013 durch den Bundeswahlleiter zugelassen.

um den Schutz des Parteienprivilegs auszunutzen.²⁰ Auf diesem zunächst legalen Weg versuchen die in Parteien organisierten Rechtsextremisten, ihre Position in Staat und Gesellschaft auszubauen.

Rechtsextremistische Parteien betreiben seit jeher intensiv Agitation und Propaganda. Ihre Hetze richtet sich vor allem gegen den demokratischen Rechtsstaat und gegen Minderheiten. Das Vorgehen variiert. Nicht selten werden eindeutige rassistische Aussagen und aggressive Töne verschleiert oder gar vermieden. Diese vordergründige Zurückhaltung dient einer schleichenden „Normalisierung“, um letztendlich am öffentlichen Diskurs teilhaben zu können. In diesem Sinne geben sich Funktionäre rechtsextremistischer Parteien auch gerne als Sachwalter der Interessen der „kleinen Leute“ und der Menschen aus, die sich in wirtschaftlicher oder sozialer Notlage befinden. Gerade in Krisenzeiten werden von ihnen verstärkt wirkliche oder scheinbare gesellschaftliche Probleme thematisiert. Typisch sind dabei einseitige Schuldzuweisungen. Menschen, die dem Feindbilddenken der Rechtsextremisten anheimfallen, werden pauschal zu Projektionsflächen gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Probleme gemacht. Auf diese Weise werden Ängste instrumentalisiert und Ressentiments gegen Teile der Bevölkerung geschürt.



Auch Programmatik und Strategien spielen in rechtsextremistischen Parteien eine vergleichsweise stärkere Rolle als in anderen Teilen des rechtsextremistischen Spektrums, wie am Beispiel der „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) deutlich wird. Ihre bisherige, unter dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Udo Voigt (Vorsitz von 1996-2011) entwickelte „Vier-Säulen-Strategie“ fußt auf den Kriterien:

- „Kampf um die Parlamente“ (seit 1997),
- „Kampf um die Straße“ (seit 1997),

²⁰ Parteienprivileg ist das Vorrecht politischer Parteien (im Gegensatz zu anderen politischen oder sonstigen Vereinigungen) und ihrer Mitglieder, wegen ihrer politischen Betätigung nicht benachteiligt oder verfolgt werden zu dürfen, solange eine Partei nicht vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist.

- „Kampf um die Köpfe“ (seit 1997) und
- „Kampf um den organisierten Willen“ (seit 2004).²¹

Durch den „*Kampf um die Parlamente*“ will sich die NPD eine parlamentarische Basis schaffen und eine Stammwählerschaft erschließen. Der Einzug in Landtage ist dabei aus Sicht der rechtsextremistischen Partei zwar erstrebenswert. Ein Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt aber (zunächst) auf kommunaler Ebene. Die NPD setzt darauf, sich über eine dauerhafte kommunale Verankerung in möglichst vielen Gemeinden auch in der Fläche ausbreiten zu können. Dieses Ziel soll u.a. durch die Beteiligung an Kommunalwahlen oder die Einrichtung von Begegnungs- und Schulungsstätten (durch Ankauf oder Anmietung von Immobilien) erreicht werden.

Den „*Kampf um die Straße*“ betreibt die NPD, um sich und ihre Sympathisanten durch Aufmärsche und andere öffentliche Aktionen medienwirksam in Szene zu setzen. Ziel ist die Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit“ zu den demokratischen politischen Kräften. Dieses Unterfangen kommt gerade in Wahlkampfzeiten und zu aus Sicht der rechtsextremistischen Partei relevanten Daten zum Tragen (z.B. regelmäßige Aufmärsche in Dresden am 13. Februar aus Anlass der Bombardierung der Stadt am 13. Februar 1945 durch die Alliierten).

Der „Kampf um die Köpfe“ soll die Verbreitung des einschlägigen Gedankenguts und die Fortentwicklung der Programmatik der NPD vorantreiben. Die Partei will eine breitere intellektuelle Basis in ihren Reihen durch Aufbau „intellektueller Netzwerke“ schaffen, indem auch Angehörige anderer politischer Strömungen zur Mitarbeit gewonnen werden.

Vom „*Kampf um den organisierten Willen*“ verspricht sich die NPD den Aufbau einer „Volksfront von Rechts“ durch „Bündelung der nationalen Kräfte“. Die

21 Auch ohne dass dies jeweils explizit Ausdruck findet, oder diese und die im Folgenden erläuterten strategischen Eckpunkte deckungsgleich übernommen worden wären, entwickeln letztlich alle rechtsextremistischen Parteien Aktivitäten in eine zumindest ähnliche Richtung. Allerdings geschieht dies mit unterschiedlicher Gewichtung. Parteien wie „DIE RECHTE“ etwa oder „Der III. Weg“ sehen augenscheinlich weniger in einer starken Präsenz in Parlamenten, als vielmehr auf der Straße den Schwerpunkt ihres Tuns. Abgesehen davon wird damit auch dokumentiert, dass der Parteistatus hier in erster Linie dem Schutz vor möglichen Verbotsmaßnahmen dienen soll und weniger von der Absicht getragen ist, am parlamentarischen Leben teilzunehmen.

Zusammenarbeit mit Teilen des neonazistischen Lagers soll dazu weiter gefestigt werden. Auf diese Weise will die NPD nicht zuletzt ihre Position als führende Kraft im rechtsextremistischen Spektrum ausbauen.

Des Weiteren verfolgt die NPD eine Strategie zur „*Verfestigung nationalen Gedankenguts im bürgerlichen Lager*“, die intern als „*völkische Graswurzelrevolution*“ bezeichnet wird. Sie beruht auf seriösem Auftreten, alltagsnaher Themenwahl und Aktivitäten im vorpolitischen Raum (z.B. Mitarbeit in Gremien wie Elternbeiräten, Freizeitangebote wie Grillfeste und Musikveranstaltungen, Hausaufgabenhilfen etc.) bei gleichzeitiger taktischer Zurückhaltung in weltanschaulichen, politischen Fragen. Durch dieses Vorgehen soll zunächst Akzeptanz gewonnen werden, um langfristig zu einem Stück „Normalität“ in der Gesellschaft zu werden. Dann, so die Vorstellung der NPD, werde es auch gelingen, das eigene Gedankengut zu verbreiten und in der Mitte der Gesellschaft zu verankern.

In diesem Kontext steht auch die von der NPD initiierte „*Wortergreifungsstrategie*“. Öffentliche Veranstaltungen sollen genutzt werden, um sich so oft wie möglich in Diskussionen einzubringen. Neben der Vermittlung politischer Inhalte geht es der NPD um Selbstdarstellung, der Anbahnung von Kontakten und das Einwirken auf die politischen Einstellungen der Zuhörerinnen und Zuhörer. Versucht wird auch, die Veranstaltungen durch Verunsicherung der Redner zu stören, so gerade solche gegen Rechtsextremismus (Motto: „*Keine Veranstaltung über uns, ohne uns*“).

Nach internen Auseinandersetzungen über Strategie und Kurs der NPD und dem zeitweisen Wechsel an der Parteispitze von November 2011 bis Ende 2013 wird bisher erkennbar an der „*Vier-Säulen-Strategie*“ festgehalten. Dabei wird seitens der NPD vor allem den etwa 330 kommunalen Mandaten und den Sitzen in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen große Bedeutung beigemessen.²² Die entsprechenden kommunalen Vertre-

²² Als Ergebnis der rheinland-pfälzischen Kommunalwahl am 25. Mai 2014 verfügt die NPD jeweils über ein Mandat in den Stadträten Kaiserslautern, Ludwigshafen am Rhein, Pirmasens und Worms sowie im Kreistag des Landkreises Südwestpfalz. Hinzu kommt ein Mandat des Vereins „*Deutsche Volksunion Rhein-Pfalz e.V.*“ in der Gemeinde Altrip.

tungen und Landtage sind für die rechtsextremistische Partei willkommene Agitationsplattformen.

Sonstige Rechtsextremisten

Den sonstigen Rechtsextremisten werden bundesweit ca. 2.500 Personen zugerechnet, in Rheinland-Pfalz sind es etwa 120. Zu den wesentlichen Richtungen unter den sonstigen Rechtsextremisten zählen die Revisionisten und die „intellektuelle Rechte“. Hinzu kommen nicht näher zuzuordnende Einzelgruppierungen und Strukturen wie z.B. organisationsunabhängige Verlage. Diese Kreise treten insgesamt vornehmlich propagandistisch und publizistisch in Erscheinung.

Die Revisionisten versuchen die Geschichte des „Dritten Reiches“ und des Zweiten Weltkriegs umzudeuten und umzuschreiben. Sie beschönigen die Zeit des Nationalsozialismus, stellen die deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Frage und relativieren deutsche Kriegs- und Menschheitsverbrechen. Hierzu bedienen sie sich u.a. unzulässiger Vergleiche und falsch zitierter oder gefälschter Dokumente. Viele Revisionisten leugnen die staatlich organisierte Ermordung Millionen europäischer Juden und vieler anderer Menschen in Vernichtungslagern (sog. Auschwitzlüge) und versuchen ihre Thesen durch haltlose, pseudowissenschaftliche Gutachten zu belegen. Sie führen Kongresse unter internationaler Beteiligung durch und nutzen das Internet für ihre die Opfer des Nationalsozialismus diskreditierenden Verleumdungen. Dabei erschwert die dem ersten Anschein nach seriöse Aufmachung einiger revisionistischer Darstellungen das Erkennen.

Die „intellektuelle Rechte“ ist keine einheitliche Bewegung oder Organisation. Sie besteht im Wesentlichen aus Einzelpersonen, Kleingruppen (Theoriezirkeln) und Verlagen. Magazine wie „Zuerst“ und „Signal - Das patriotische Magazin“ sind typische Publikationen dieses Spektrums. Teile der „intellektuellen Rechten“ berufen sich auf das antidemokratische, autoritär und völkisch-nationalistisch geprägte Ideenfundament der Theoretiker der „Konser-

vativen Revolution"²³ aus der Zeit der Weimarer Republik und lassen eine deutliche Distanz zu der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland erkennen. Sie verschleiern oder verschlüsseln ihre antidemokratischen und rassistisch geprägten Thesen, so dass diese für Uninformierte schwer zu erkennen sind. Auf diese Weise versuchen „intellektuelle Rechtsextremisten“, den Diskurs der Demokraten zu beeinflussen. Langfristig streben sie eine „Kulturrevolution von rechts“ an, d.h. die Meinungsführerschaft durch Verankerung ihres Gedankenguts in großen Teilen der Gesellschaft. Die Bemühungen „intellektueller Rechtsextremisten“ blieben bislang erfolglos. Weder kann ein nennenswerter Einfluss auf die öffentliche Meinung festgestellt werden, noch ist es diesen Kreisen gelungen, als selbsterklärtes weiteres Ziel die Intellektualisierung im rechtsextremistischen Spektrum voranzubringen.



23 Bei der „Konservativen Revolution“ handelte es sich um eine heterogene geistige Strömung in der Weimarer Republik. Das antidemokratische, völkische Ideenfundament, das von den Protagonisten der „Konservativen Revolution“ vertreten wurde, war mit Weg bereitend für das Erstarken des Nationalsozialismus.

5. Rechtsextremistische Musik

Für die rechtsextremistische Szene sind die Musik und Musikveranstaltungen von erheblicher Bedeutung. Die Musik dient der Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologie, stiftet Identität und stärkt den Zusammenhalt. Gesinnungsgenossen knüpfen am Rande von Musikveranstaltungen neue Bekanntschaften und pflegen bestehende Kontakte. In diesem Sinne verfolgen Rechts-extremisten mit Gemeinschaftserlebnissen wie Konzerten oder Liederabenden auch die Absicht, bislang unpolitische Jugendliche Schritt für Schritt an die Szene heranzuführen und sie für das rechtsextremistische Gedankengut empfänglich zu machen. Die NPD und andere rechtsextremistische Gruppierungen nutzen den Umstand, dass sich Musik zur Nachwuchswerbung einsetzen lässt, indem rechtsextremistische Bands oder Liedermacher regelmäßig im Rahmenprogramm von Parteiveranstaltungen auftreten oder eigene Werbetonträger produziert werden. Politik und Erlebnis lassen sich auf diese Weise verbinden.

Die Texte rechtsextremistischer Bands erfüllen nicht selten Straftatbestände wie den der Volksverhetzung (§ 130 StGB). Sie sind mithin Medium der einschlägigen Weltanschauung, die von Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und insbesondere Rassismus geprägt ist. Ein Beispiel: *„Du bist schwarz und hässlich, ekelig und unpässlich. Grausam und gewalttätig, stinkig und dreckig. Du bist ein Ausbruch der Menschheit, für dich steht der Galgen bereit. Nigger, Nigger, raus aus unserem Land“*.²⁴ Bandnamen wie „Endlöser“ und „Aryan Brotherhood“ sprechen im Übrigen für sich. Der gezielt geschürte Hass fördert eine aggressive Grundstimmung und führt bei rechtsextremistischen Konzerten zur Begehung einschlägiger Propagandadelikte wie das Zeigen des Hitlergrußes oder das Skandieren von NS-Parolen. Auch werden am Rande solcher Veranstaltungen regelmäßig szenetypische, teils indizierte Objekte (CDs, Buttons, T-Shirts etc.) angeboten.

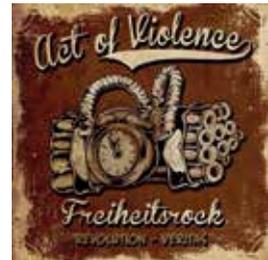
Die Stilrichtungen der rechtsextremistischen Musikszene sind vielfältiger und in Teilen auch jugendkonformer geworden. Wo früher Hardrock die Szene

24 Auszug aus dem Lied „Gegrilltes Fleisch“ der Band „Macht und Ehre“.

dominierte, bestimmen nun auch „Hardcore“ (oder „Hatecore“) und Black Metal das Musikgeschehen mit. Doch auch Stilrichtungen, die sich mit dem Rechtsextremismus zunächst nicht in Verbindung bringen lassen, so Techno, Hip Hop oder Schlager, sind mittlerweile fester Bestandteil der rechtsextremistischen Musik geworden.²⁵ Lediglich Jazz, Soul o.ä. Genres passen allzu offenkundig nicht in das weltanschauliche Konzept der Rechtsextremisten.



In der rechtsextremistischen Musikszene herrscht Fluktuation. Viele rechtsextremistische Bands variieren häufig in ihrer personellen Besetzung. So finden sich immer wieder einzelne Bandmitglieder mit anderen Bands oder Einzelpersonen zu kurzzeitigen Musikprojekten zusammen. Daneben treten Solokünstler (Liedermacher) meist mit Gitarre und Eigenkompositionen auf, wie im Rahmen von Parteiveranstaltungen. In Rheinland-Pfalz sind aktuell zwei rechtsextremistische Bands bekannt.



Szeneangehörige gehen bei der Planung und Durchführung rechtsextremistischer Konzerte meist konspirativ vor. Die Besucher haben im Vorfeld der Veranstaltung von Ort und Uhrzeit in der Regel keine Kenntnis. Die durch Mail, SMS oder Mundpropaganda erhaltenen Einladungen geben nur einen zentralen Sammelpunkt bekannt. Von den Trefforten aus werden die Besucher zum eigentlichen Konzertort gelotst. Die Organisation nehmen häufig ortsansässige Gruppierungen vor, welche die rechtsextremistischen Konzerte u.a. getarnt als Geburtstage oder Verlobungsfeiern anmelden, sofern eigene Räume angemietet werden (z.B. in Gaststätten). Um Absagen oder Verbote zu vermeiden, ist die Szene bestrebt, Veranstaltungen in eigenen Räumlichkeiten durchzuführen.

In Rheinland-Pfalz fanden 2013 drei rechtsextremistische Musikveranstal-

²⁵ Dabei handelt es sich wie im Fall von Schlagern zumeist nicht um Eigenkompositionen, sondern um gecoverte Lieder.

tungen mit zusammen rund 600 Zuhörerinnen und Zuhörern statt, im Jahr 2012 waren es vier mit etwa 250 Teilnehmern. Darüber hinaus werden immer wieder Musikpartys im kleinen, geschlossenen Kreis durchgeführt.



Ungeachtet intensiver staatlicher Maßnahmen findet ein reger Austausch und Handel mit indizierten oder strafrechtlich relevanten CDs statt. Der Verkauf solcher CDs ist finanziell lukrativ und erfolgt häufig über „Kleinvertreiber“ am Rande von Konzerten. Daneben können bei bundesweit anbietenden Vertrieben szenetypische Musik-CDs bestellt werden. Über das Internet ist es möglich, Tonträger bei Vertrieben zu bestellen oder Musik mittels MP3-Dateien

herunter zu laden. Vertriebe im Ausland bieten auch in Deutschland verbotene oder indizierte Produkte an.

6. Rechtsextremisten im Internet

Rechtsextremisten machen intensiv von den vielfältigen Möglichkeiten Gebrauch, die das weltumspannende Medium Internet bietet. Es dient einer ganzen Reihe von Zwecken wie u.a. der Agitation und Propaganda, der Kommunikation und Vernetzung, der Koordinierung und Darstellung von Szeneaktivitäten, dem Verkauf einschlägiger Produkte (Szenekleidung, Musik usw.) und nicht zuletzt der Werbung neuer Sympathisanten.

Generell ist festzustellen, dass viele Internetauftritte heute ein vergleichsweise höheres Maß an Professionalität aufweisen. Eine punktgenaue, tagesaktuelle Gesamtzahl der einschlägigen Internetseiten lässt sich allerdings nicht darstellen, weil hierunter stets auch eine gewisse Menge präserter aber gleichwohl nicht gepflegter Seiten fällt und sich zudem viele Szeneaktivitäten auf die sich sehr dynamisch entwickelnden Internetplattformen von Web 2.0 verlagert haben.

Kennzeichnend für das Web 2.0 ist u.a. sein einfaches Handling: Die Nutzerinnen und Nutzer können ohne technische Vorkenntnisse eigene Beiträge im World Wide Web publizieren, Beiträge anderer kommentieren, sich virtuell vernetzen oder in Foren kommunizieren. Jugendauffine virtuelle Spielwelten, Weblogs, Soziale Netzwerke wie Facebook sowie Bilder- und Videocommunities sind einem breiten Publikum zugänglich und werden daher intensiv für Propaganda- und Mobilisierungszwecke genutzt. So verbreiten beispielsweise Neonazi-Bands ihre hassefüllten Musik-Videos und erzielen innerhalb kürzester Zeit regelmäßig eine Vielzahl von Aufrufen.

Foren

Von Rechtsextremisten im Internet betriebene Foren sind wichtige Projektionsflächen und Austauschplätze für deren politisch-weltanschauliche Ansichten. Längerfristig dienen sie auch dem Aufbau und der Festigung virtueller Netzwerke. Zudem bieten sie Raum, regionale Aktivitäten weit über die jeweilige Region hinaus bekannt zu machen. Genutzt werden dabei unterschiedliche Formate, so Weblogs, in offenen oder geschlossenen (Diskussions-) Foren. Die Teilnehmerzahlen solcher Foren weisen eine steigende Tendenz auf.

Am 14. Juni 2012 fanden Durchsuchungen in 32 Objekten in elf Bundesländern statt, die im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Rostock gegen mutmaßliche Betreiber und Mitglieder des rechtsextremistischen Internetforums „Thiazi“ stehen.²⁶ Den Beschuldigten wird u.a. die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Das „Thiazi-Forum – Germanische Weltnetzgemeinschaft“ war das bundesweit bedeutendste Medium seiner Art, bis es im Zuge der vorgenannten Ermittlungen vom Netz genommen wurde. Es umfasste einen offen einsehbaren Bereich, in dem beispielsweise tagespolitische Themen und sceneinterne Belange diskutiert wurden, sowie eine Reihe von geschlossenen Unterforen. Breiten Raum nahm der Themenbereich Musik ein; zum Angebot des Forums gehörten auch Liedtexte und Tonträger.

²⁶ Thiazi: Riese in der germanischen Mythologie

Soziale Netzwerke

Besonderes Augenmerk richten Rechtsextremisten auf Soziale Netzwerke, und dies nicht ohne Hintergedanken, wie am Beispiel der NPD deutlich wird. In der Märzausgabe 2010 ihrer Monatsschrift „Deutsche Stimme“ rief die rechtsextremistische Partei ihre Mitglieder und Sympathisanten auf, Kontaktportale (d.h. Soziale Netzwerke) im Internet intensiv zu nutzen (Zitat: „*Registriert Euch überall dort, wo es sinnvoll erscheint...*“). Damit will man Sympathien gewinnen, Kontakte auf- und ausbauen und Netzwerke knüpfen. Dazu sollen sich Gesinnungsgenossen in Internet-Portalen wie Facebook, Werkennt-Wen, etc. mit möglichst „*interessanten, detailreichen und sympathischen*“ Profilen (Selbstdarstellungen) anmelden. Zudem werden sie angehalten, „*Kontakte sorgsam zu pflegen*“ und sie zu intensivieren. Aufgefordert wird auch, Verbindungen zu Interessengemeinschaften aufzunehmen, die sich innerhalb der sozialen Netzwerke gebildet haben – vor allem zu solchen, die auf der gleichen „*politischen Wellenlänge*“ liegen. Da das Einrichten von NPD-Profilen bei verschiedenen Portalen unterbunden wird, sollen die einschlägigen politischen Standpunkte, Ziele und Absichten in die persönlichen Profile einfließen. Eine besondere Gefahr liegt in der Aufforderung, demokratische Gruppen, Initiativen etc. in der jeweiligen Stadt oder Region via Internet aufzusuchen und dort Mitglied zu werden. Diese Gruppen sollen auf diesem Weg auf die „*netten Rechten von nebenan*“ aufmerksam werden. Tatsächliches Ziel dieses Unterfangen ist die langfristige Unterwanderung demokratischer gesellschaftlicher Strukturen.

Videoportale

Motivierende und inspirierende Wirkung bei Szeneangehörigen und denen, die am Rand des Szeneeinstiegs stehen, versprechen sich Rechtsextremisten von einschlägigen Beiträgen in Videoportalen. Vor allem nach öffentlichkeitswirksamen Aktionen werden in diesem Sinne ereignisnah Filmsequenzen in solche Portale eingestellt. Man setzt dabei ganz auf den Faktor Emotionalisierung. Schnelle Bildabfolgen, unterlegt mit aggressiver Musik, sollen beispielsweise Ressentiments und Hassgefühle generieren. Zudem steht das Unterfangen im Mittelpunkt, in der Anhängerschaft ein Gefühl vermeintlicher Stärke in der

Gruppe („verschworene Gemeinschaft“) zu erzeugen. Auch die von Neonazis entwickelte und im Web 2.0 dokumentierte Aktionsform „Die Unsterblichen“ zielt auf diese Weise auf Zuspruch und Nachahmung ab.²⁷ Durch die entsprechend aufbereiteten medialen Auftritte sollen zudem die an die nationalsozialistische Rassenideologie angelehnten Botschaften hinter der Aktionsform, wie „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“ und „Unser Volk stirbt“, einer breiten Masse nähergebracht werden.

E-Mail-Versand

Verschiedene staatliche Einrichtungen, so Behörden und Schulen, aber auch Privatpersonen erhalten immer wieder unaufgefordert E-Mails, die zumindest eine gewisse Nähe der Verfasserinnen und Verfasser zu rechtsextremistischem Gedankengut erkennen lassen. Hierunter sind beispielsweise solche, in denen mit umfangreichen Texten behördliche Entscheidungen in Frage gestellt werden oder deren Inhalte sich vordergründig mit Fragen der Schulpolitik und „Interessen von Schülerinnen und Schülern“ auseinandersetzen. Bei näherer Analyse fallen allerdings nationalistische und revisionistische Thesen auf. Beispielsweise werden die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als Staat und die Legitimität staatlichen Handelns generell negiert und stattdessen die fortwährende Existenz des „Deutschen Reichs“ auf der Grundlage der Reichsverfassung von 1919 behauptet. Solche Texte entstammen Gruppierungen oder Einzelpersonen, die einem diffusen Reichsgedanken nachhängen. Nicht in jedem Fall kann dabei bereits von einer explizit rechtsextremistischen Prägung ausgegangen werden. Ungeachtet dessen bleibt bei einer entsprechend tendenziösen, einschlägigen Diktion generell Aufmerksamkeit geboten. Der Schritt in den Rechtsextremismus kann mitunter schnell erfolgen.

²⁷ Zu der Aktionsform „Die Unsterblichen“ siehe Seite 39.

7. Entwicklungen im Rechtsextremismus

Allgemeine Entwicklung

Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland unterliegt in vielerlei Hinsicht einem fortwährenden Wandel von dem allerdings die ihm zu Grunde liegende Weltanschauung weitestgehend ausgenommen ist - Rassismus, Antisemitismus, Fremden- und Demokratiefeindlichkeit sind konstant. Verkürzt lässt sich der Wandlungsprozess wie folgt fassen:

Rechtsextremistische Bestrebungen in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung sind ein steter Teil der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (s. Kapitel 3.). Über eine lange Phase dominierten dabei zahlenmäßig Gruppierungen mit überwiegend festen, konturenscharfen Strukturen, vergleichsweise hohem Organisationsgrad und klaren Hierarchien wie Parteien, Vereine und vereinsähnliche Gruppen. Jüngere Aktivisten waren in der Minderzahl und zumeist in der Neonazi- und Parteienszene integriert. Die systematische weltanschauliche und politische Festigung der Mitglieder, so durch Schulungen, programmatische Arbeit oder publizistische Aktivitäten, hatte einen vergleichsweise höheren Stellenwert. Rückwärtsgewandte Themen, oft im Zusammenhang mit revisionistischen Thesen²⁸, prägten lange Zeit die inhaltliche Auseinandersetzung im Rechtsextremismus.

In der Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung veränderte sich das Bild zunehmend und rasant. Nach einer kurzen sprunghaften Entwicklung, die die Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen bis auf einen Höchststand von bundesweit annähernd 65.000 Personen im Jahr 1993 ausschlagen ließ, ist abgesehen von kleineren Wellen bis dato ein Rückgang des Gesamtpotenzials auf nunmehr rund 21.700 Personen zu verzeichnen.²⁹ Diese Zahlen

28 Hierzu zählten beispielsweise die offenkundige Verklärung des „Drittens Reichs“ und das Propagieren eines neuen „Deutschen Reichs“ in den damaligen Grenzen.

29 Der (vorläufige) Höchststand beim rechtsextremistischen Personenpotenzial im Jahr 1993 erklärt sich in erster Linie aus dem seinerzeit noch verhältnismäßig hohen Anteil rechtsextremistischer Parteimitglieder (rund 55.000), darunter noch die Partei „Die Republikaner“, bei der seit dem Jahr 2007 keine hinreichend gewichtigen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mehr vorliegen.

sind für sich genommen allerdings nur von bedingter Aussagekraft, vor allem was die komplexen gesellschaftlichen Verästelungen und Wirkungszusammenhänge des Gesamtphänomens Rechtsextremismus anbelangt - sie geben daher keinen Anlass zur Entwarnung. Während nämlich das rechtsextremistische Parteienlager im Laufe der Zeit erheblich an Mitgliedern verlor, wuchsen zugleich stetig die Gefahrenpotenziale des subkulturell-gewaltbereiten Spektrums und der Neonaziszene, und dies blieb nicht ohne Folgen.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Szene ist im Zuge dieser allgemeinen Entwicklung jünger, informeller, aktionistischer, verbal und Taten orientiert aggressiver geworden. Entsprechend deutlich und frühzeitig treten hier die einschlägigen ideologischen Positionen zu Tage. Zum anderen sind in Teilen des rechtsextremistischen Spektrums die Vorgehensweisen professioneller geworden. Man pflegt eine moderne, kaschierende Außendarstellung und orientiert die Agitation stärker am politischen Tagesgeschehen. Diese Rechtsextremisten nutzen heute auch und gerade (gezielt) den „vorpholitischen Raum“, um sich langfristig gesellschaftliche Akzeptanz zu verschaffen und sich regional auf Dauer zu verankern. Sie geben sich beispielsweise in ihrem kommunalen Umfeld als „Kümmerer“ aus, die am Wohl der Allgemeinheit interessiert seien. Einschlägige politische Beweggründe oder Verlautbarungen werden dabei zunächst hintenangestellt oder weitgehend verschleiert (s. Kapitel 4.). Hinzu kommt, dass die Nachwuchswerbung in den letzten Jahren deutlich intensiviert wurde.

Jugendliche im Rechtsextremismus

Neben den bekannten Strukturen hat sich im Rechtsextremismus im Laufe der Zeit eine weitgehend eigenständige, von Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominierte Strömung entwickelt. Diese ist nahezu identisch mit dem subkulturell geprägten bzw. dem gewaltbereiten Spektrum (s. Kapitel 4.) und umfasst somit einen beträchtlichen Teil des bundesweiten rechtsextremistischen Personenpotenzials. Charakteristisch für diesen Bereich ist vor allem eine erhöhte Aktions- und Risikobereitschaft. Weltanschauliche Faktoren, politische Vorstellungen und Bestimmtheit bleiben demgegenüber in diesem Milieu oft nur sehr vage.

Manche Jugendliche sehen daher heute im Rechtsextremismus eher eine Art „Erlebniswelt“ als eine (extremistische) Bewegung mit politischen Absichten.³⁰ Die Rechtsextremisten missbrauchen diesen Umstand und versuchen durch persönliche Ansprache verbunden mit erlebnisorientierten, jugendaffinen Angeboten wie Konzertveranstaltungen, gesellige Zusammenkünfte etc. das Vertrauen dieser Jugendlichen zu gewinnen. Dabei zielen sie in erster Linie auf diejenigen ab, denen es an Selbstwertgefühl mangelt, die Anerkennung, Halt und Zuwendung suchen. Rechtsextremisten suggerieren ihnen eine „verschworene Gemeinschaft“, in der jeder für den Anderen einsteht - ein Bild, das der Wirklichkeit letztendlich nicht standhält, wie Aussteiger immer wieder glaubhaft berichten.³¹ Jugendliche, die nicht frühzeitig die wahren Hintergründe dieses Unterfangens erkennen und die Szene wieder von sich aus verlassen wollen, können sich dem Gruppendruck oft nur schwer entziehen.

Neben dieser gängigen Vorgehensweise setzen Rechtsextremisten auch auf eigens für Jugendliche konzipierte Werbeträger. Hierzu zählen Musik-CDs (z.B.



„Schulhof-CD“ der NPD), Comics und Schülerzeitschriften. Die Gestaltung dieser Produkte trägt den Bedürfnissen der Zielgruppe Rechnung. Manche wirken unverfänglich und auf den ersten Blick harmlos, da eindeutige politische Bekenntnisse kaschiert werden. Intensiviert werden Werbeaktionen regelmäßig vor Wahlen. So wendet sich die NPD mit Werbeträgern (z.B. USB-Sticks mit politischen Aussagen und Filmspots), Schreiben an Schülervertretungen etc. gezielt an Erstwählerinnen und -wähler.

Neue Aktionsform(en) und Kampagne(n)

Rechtsextremisten haben im Laufe der Zeit immer wieder zu neuen Aktionsformen gefunden; dies vor allem vor dem Hintergrund, öffentliche Aufmerk-

30 Von rechtsextremistischer Seite wird dieser Eindruck zunächst auch bewusst erzeugt, um möglichst unverfänglich zu erscheinen und Berührungängste abzubauen.

31 Das Gemeinschaftsgefühl spielt eine tragende Rolle in Bezug auf den Gruppenzusammenhalt. Es wird u.a. durch gemeinsam erlebte (und durchgestandene) Aktionen wie Demonstrationen gestärkt.

samkeit zu erzeugen. Eine weitere Zielsetzung ist der Ausbau der eigenen Mobilisierungsfähigkeit.³²

In jüngerer Zeit wurde beispielsweise unter der Bezeichnung „die Unsterblichen“ mehrmals eine Aktionsform praktiziert, bei der es sich in der Regel um nicht angemeldete Aufzüge handelte, an denen überwiegend neonazistisch ausgerichtete Rechtsextremisten in einheitlich dunkler, neutraler Kleidung und mit weißen Gesichtsmasken teilnahmen.³³ Fackeln, das Abbrennen von Pyrotechnik und das Skandieren rechtsextremistischer Parolen bildeten den Rahmen, was gerade während solcher abendlicher Veranstaltungen in kleineren Städten und Gemeinden bei Bürgerinnen und Bürgern zu erheblichen Irritationen führte.

Im Zusammenhang mit diesem Verhaltensmuster steht die von Rechtsextremisten initiierte Kampagne gegen den (vermeintlichen) „Volkstod“.³⁴ Deren Protagonisten vertreten die Überzeugung, die Deutschen bzw. das deutsche Volk seien durch sinkende Geburtenraten und ungehemmte Einwanderung vom Aussterben, sprich dem „Volkstod“, bedroht. Da eine „Vermischung des eigenen Volkes mit fremden Völkern“ zwangsläufig zum Untergang eines jeden Volkes führt, sei das Aussterben der „deutschen Rasse“ von Generation zu Generation vorprogrammiert. So propagieren Rechtsextremisten im Rahmen ihrer Auftritte und anderweitig, so via Internetpropaganda, unter der Bezeichnung „die Unsterblichen“ häufig: „Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass du Deutscher gewesen bist“.

Instrumentalisierung gesellschaftlich relevanter Themen

Rechtsextremisten widmen sich verstärkt tagesaktuellen, kontrovers und bis-

32 Insgesamt ist in jüngster Zeit in der rechtsextremistischen Szene eine nachlassende Mobilisierungsfähigkeit festzustellen. Insbesondere regelmäßige überregionale Großveranstaltungen, die sich thematisch an der Zeit vor 1945 ausrichten (z.B. „Trauermärsche“ aus Anlass historischer Daten i.Z.m. der Bombardierung deutscher Städte, „Heldengedenken“ etc.), haben an Anziehungskraft eingebüßt.

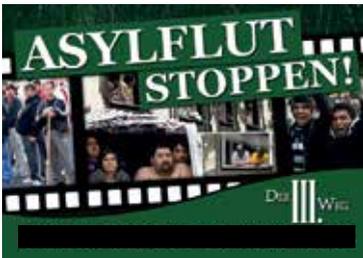
33 Die ersten dieser Aktionen wurden im Jahr 2011 bekannt. Zwischenzeitlich hat die Bedeutung dieser Aktionsform aber wieder deutlich nachgelassen.

34 Metaphern rund um den Begriff Volk wie „Volkkörper“, „Volksschädling“ etc. gehörten auch zum gängigen Vokabular der Nationalsozialisten.

weilen emotional diskutierten Themenfeldern.³⁵ Dabei wird der Eindruck erweckt, man sei an einem faktengestützten, sachlichen Diskurs interessiert; einschlägige Aussagen werden (zunächst) vermieden oder kaschiert. Auf diese Weise versuchen sich die Rechtsextremisten als vermeintliche „Sachwalter der Belange der breiten Öffentlichkeit“ bzw. des „kleinen Mannes“ in Szene zu setzen. Dieses vergleichsweise subtile Vorgehen gründet auf der Erwartung, als „normaler Partner“ im gesellschaftlichen Diskurs wahrgenommen zu werden. Rechtsextremistische Parteien zielen zudem auf Erfolge bei Wahlen ab.

Alles in Allem bleibt es aber auch, ungeachtet der von rechtsextremistischer Seite suggerierten Diskursbereitschaft, bei dem altbekannten Verhaltensmuster. Dies funktioniert nach dem (bewährten) Sündenbockprinzip, indem bestimmte gesellschaftliche Gruppen pauschal für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden und sodann einfache Antworten zur Lösung komplexer Probleme abgerufen werden.

Zum breit gefächerten Themenspektrum und damit zum Gegenstand rechtsextremistischer Agitation zählen in diesem Sinne vor allem Fragen der So-



zialpolitik (Stichworte: Arbeitslosigkeit, „Hartz IV“), die Finanz- und Wirtschaftspolitik (Stichworte: Finanzkrise, Globalisierung) und die Sicherheitspolitik (Stichwort: Auslandseinsätze der Bundeswehr). Die NPD hat daneben ihre Agitation gegen den Euro als zentrales Element der europäischen Integration verstärkt. Von andauernder Bedeutung ist für viele Rechtsextremisten als Agitationsthema auch das Feind-

bild „Amerika“, oft verbunden mit antisemitischen Untertönen. Des Weiteren nimmt man sich auch der Themen an, die in den Medien und der Öffentlichkeit zurzeit nicht die zentrale Rolle spielen, wie z.B. der Tier- und Umweltschutz.

³⁵ Dies ändert allerdings nichts an der Rückwärtsgewandtheit rechtsextremistischen Denkens oder an der im rechtsextremistischen Spektrum immer noch weit verbreiteten Affinität für die Zeit des Nationalsozialismus. Auch wenn diesbezügliche Themen aktuell in der Außendarstellung weniger Gewicht haben, sind sie intern nach wie vor von Bedeutung.

Im besonderen Fokus rechtsextremistischer Agitation stehen aktuell (wieder) die Themen Asyl und Zuwanderung. Vor allem wird versucht, unter dem Eindruck der geänderten Regelungen für den Zuzug aus osteuropäischen Ländern, Stimmung gegen Menschen aus diesem Herkunftsraum zu machen. Die Rechtsextremisten zielen dabei speziell darauf ab, Ängste in der Bevölkerung zu generieren, um letztlich ein Klima des Hasses zu schaffen.

Entwicklung des rechtsextremistischen Personenpotenzials

Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist in den letzten Jahren insgesamt weiterhin rückläufig³⁶. Vor allem die rechtsextremistischen Parteien haben kontinuierlich Mitglieder eingebüßt; die Reorganisation des Parteienlagers, u.a. durch Neugründungen, hat dem bislang nicht entgegenwirken können (s. Kapitel 4.). Demgegenüber bewegen sich das Neonazilager und das gewaltbereite rechtsextremistische Spektrum nebst subkultureller Szene auf anhaltend hohem Niveau.

Rechtsextremisten - Bundesgebiet

	<i>Gesamt*</i>	<i>Gewaltbereite</i>	<i>Subkulturelle**</i>	<i>Neonazis</i>	<i>Parteien</i>	<i>Sonstige</i>
<i>2009</i>	26.600	9.000	-	5.000	11.300	2.500
<i>2010</i>	25.000	9.500	8.300	5.600	9.600	2.500
<i>2011</i>	22.400	9.800	7.600	6.000	7.300	2.500
<i>2012</i>	22.150	9.600	7.500	6.000	7.150	2.500
<i>2013</i>	21.700	9.600	7.400	5.800	7.000	2.500

* Gesamtzahlen nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften

** Zahl der subkulturellen Rechtsextremisten (Bund) wurde erst für 2010 gesondert ausgewiesen

36 Der Rückgang ist nicht gleichbedeutend mit einem schleichenden Niedergang des Rechtsextremismus oder einer grundlegenden Trendwende. Teile der Szene sind im Zuge dieser Entwicklung kompakter, mobiler und aktionistischer geworden und treten auch aggressiver in Erscheinung.

Rechtsextremisten - Rheinland-Pfalz

	<i>Gesamt*</i>	<i>Gewalt- bereite</i>	<i>Subkul- turelle</i>	<i>Neonazis</i>	<i>Parteien</i>	<i>Sonstige</i>
2009	825	125	50	150	450	175
2010	750	150	50	210	<400	125
2011	700	160	50	230	350	100
2012	680	150	50	210	<300	120
2013	660	150	50	200	290	120

* Gesamtzahlen nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften

Entwicklung der Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation

Die von Rechtsextremisten begangenen Straftaten sind zwischen 2005 und 2008 bundesweit gestiegen. In Rheinland-Pfalz setzte sich der Anstieg zwar auch 2009 fort, im Jahr 2010 gab es dann aber bundes- wie landesweit einen signifikanten Rückgang. Die wellenförmige Entwicklung hielt von 2011 bis 2013 an. Die in der Straftatenstatistik enthaltenen Gewalttaten unterlagen bundesweit annähernd vergleichbaren Schwankungen. Im Einzelnen ergibt sich folgende Statistik:

Straf- und Gewalttaten Bundesgebiet

Rheinland-Pfalz

	<i>Gesamtzahl</i>	<i>Davon Gewalttaten</i>	<i>Gesamtzahl</i>	<i>Davon Gewalttaten</i>
2009	18.750	891	819	39
2010	15.905	762	632	23
2011	16.142	755	673	32
2012	17.134	802	604	22
2013	16.557	801	525	36

Resümee

Ungeachtet einer anhaltend rückläufigen Gesamtzahl der Rechtsextremisten gibt es ein beachtliches Gefährdungspotenzial. Insbesondere die subkulturell geprägte Gewaltszene und das seit mehreren Jahren anwachsende, aggressive Neonazispektrum, denen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene angehören, bilden dessen Kern. Latent bleiben zudem die Gefahren des Entstehens rechtsterroristischer Zusammenschlüsse oder das entsprechend motivierte Agieren radikalierter Einzeltäter.

Die menschenverachtende Weltanschauung der Rechtsextremisten bleibt dabei eine zentrale Triebfeder für Hass und Gewalt. An der unseligen Abfolge von Entmenschlichung, Ausgrenzung und Angriffen auf Leib und Leben derjenigen, die dem rechtsextremistischen Feindbilddenken anheimfallen, hat sich seit der Nazizeit nichts geändert.

Damit stellen sich die Rechtsextremisten gegen alle elementaren Grundsätze der Zivilisation und gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Angesichts der leidvollen historischen Erfahrungen unseres Landes mit der Nazi-diktatur und aktuellen Ereignissen stehen wir in der besonderen Verantwortung, auch weiterhin dem Treiben der Rechtsextremisten bereits im Ansatz und mit aller Entschiedenheit zu begegnen.

8. Rheinland-Pfalz aktiv gegen Rechts- extremismus

Die Bürgerinnen und Bürger

Der Rechtsextremismus ist eine Herausforderung für den Staat und die gesamte Gesellschaft. Politik und Verwaltung stehen dabei in der Pflicht, auf dem Boden der Rechtsordnung alle zum Schutz unserer freiheitlichen Demokratie nötigen Maßnahmen gegen Extremismus zu ergreifen.

Ebenso wichtig und unverzichtbar ist aber auch das dauerhafte Engagement möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger für Demokratie und Toleranz. Dies hat gute Gründe, denn wo viele Menschen aktiv für Menschenwürde, Freiheit und Demokratie eintreten und dies auch dokumentieren, ist kein Raum mehr für Menschenverachtung, Intoleranz und Gewalt - hier findet der Rechtsextremismus keinen Nährboden und kann sich nicht entfalten.

In Rheinland-Pfalz wird dies gelebt. Es gibt mittlerweile viele Aktivitäten und Initiativen gegen Rechtsextremismus. Menschen zeigen Flagge gegen die braunen Verführer, so in regelmäßig großer Zahl bei Demonstrationen, sie engagieren sich ehrenamtlich in Kriminalpräventionsräten, Vereinen und kommunalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus.

Dies zeigt: Auch der Einzelne ist nicht machtlos. Jeder kann seinen individuellen Beitrag gegen den Rechtsextremismus leisten. Dies beginnt bereits im persönlichen Umfeld, indem man die nötige Sensibilität zeigt, wenn Menschen herabgewürdigt und ausgegrenzt werden - und sei es „nur“ durch ausländerfeindliche Witze. Dazu gehört Zivilcourage, die Bereitschaft, aktiv für Bedrohte einzutreten, so auch durch Zusammenarbeit mit den Behörden, wenn es um die Aufklärung fremdenfeindlicher Straftaten geht. Nicht wegschauen, sondern aktiv Partei ergreifen, sollte der Maßstab unseres Handelns sein!

Das Land

Entschiedenes Handeln gegen Rechtsextremisten, umfassende und nachhaltige Präventionsarbeit, kompetente Beratungsstrukturen sowie vielfältige

Hilfsangebote für Opfer rechtsextremistischer Gewalt und für Ausstiegswillige sind die Eckpfeiler bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz.

Rechtsextremisten wird konsequent entgegengetreten. Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene wie Konzertveranstaltungen, Aufmärsche, die Verbreitung von Propagandamaterial, werden von den Sicherheitsbehörden bereits im Vorfeld intensiv aufgeklärt und im Rahmen des Rechts bekämpft. Dadurch werden der Bewegungsspielraum der Rechtsextremisten und ihre Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen, eingeschränkt.

Repressive Maßnahmen allein können den geistigen Nährboden des Rechtsextremismus aber nicht austrocknen und seinen vielfältigen Ursachen nicht entgegenwirken. Daher hat die umfassende Prävention entscheidende Bedeutung. Die Prävention setzt früh an. Ein wichtiges Aufgabenfeld ist die Verbesserung von Lebenssituationen, so beispielsweise durch Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut, denn Menschen in prekärer Lage gehören zu den bevorzugten Zielgruppen rechtsextremistischer Agitatoren.

Die Zielgruppe Jugend spielt bei vielen Präventionsmaßnahmen eine zentrale Rolle. Jugendliche werden mit den Werten unserer freiheitlichen Staats- und Verfassungsordnung vertraut gemacht, ihr Demokratiebewusstsein und ihre Zivilcourage werden gestärkt, damit die jungen Menschen die Gefahren der menschenverachtenden rechtsextremistischen Ideologie erkennen und ihnen erfolgreich begegnen können.

SCHULE	OHNE RASSISMUS
SCHULE	MIT COURAGE

Prävention bedeutet auch Förderung der Integration und des friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Dort, wo Integration gelebt wird, können keine Parallelwelten entstehen, und Rechtsextremisten scheitern mit ihrem Unterfangen, Fremdenfeindlichkeit zu schüren, um die Gesellschaft zu spalten.

Die Präventionsmaßnahmen werden durch eine intensive Aufklärungsarbeit, so mittels Informationsveranstaltungen seitens der Landeszentrale für poli-

tische Bildung, des Verfassungsschutzes, der Polizei und anderer Einrichtungen ergänzt. Das Motto lautet: „Prävention durch Information“. Indem offensiv und umfassend über die Hintergründe des Rechtsextremismus und seine verfassungsfeindlichen Ziele informiert wird, stärkt man die Zivilgesellschaft für die offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Verführern.

Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus

Um die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus weiter zu optimieren, hat die Landesregierung mit Beschluss vom 10. Juni 2008 beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz eine Präventionsagentur eingerichtet. Die Agentur initiiert Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, dokumentiert und koordiniert Projekte der Landes- und Kommunalverwaltung und baut ein landesweites Präventionsnetzwerk auf.

Gezielt wird auf rechtsextremistische Umtriebe hingewiesen, damit entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Die Aufmerksamkeit gilt auch Regionen, in denen bislang „nur“ von einer latenten oder abstrakten



Gefährdung gesprochen werden kann. Unter dem Motto „Wehret den Anfängen!“ werden insbesondere junge Menschen über die Gefahren, die vom Gedankengut der braunen Verführer ausge-

hen, aufgeklärt. Die Präventionsagentur hat im Jahr 2009 ein Internetportal für die Landes- und Kommunalverwaltung eingerichtet, das über den Rechtsextremismus informiert und vielerlei Tipps und Hinweise zum Thema Prävention gibt.

Darüber hinaus steht die Präventionsagentur Mandats- und Amtsträgern, Bediensteten und Gremien der Landes- und Kommunalverwaltung als Ansprechpartner zur Verfügung.

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz versuchen Rechtsextremisten Anhänger für ihre menschenfeindliche und antidemokratische Denk- und Handlungsweise zu gewinnen. Sie wollen durch unterschiedlichste Aktivitäten Aufmerksamkeit erzielen

und Einfluss nehmen, so dass Kommunen, Schulen und sonstige Institutionen, aber auch jede(r) Einzelne von Vorkommnissen mit rechtsextremistischem, antisemitischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund betroffen sein können.

Zur besseren Bewältigung solcher Situationen bietet das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz anlassbezogene Unterstützung vor Ort. Herzstück des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz ist ein Pool von Experten. Es verknüpft unterschiedlichste Kompetenzen, die bedarfsorientiert Mobile Interventionsteams (MITs) für die Bekämpfung von Rechtsextremismus bilden und unterstützen. Die Unterstützung der MITs erfolgt sowohl fallübergreifend wie fallbezogen. Aufgabe der Mobilen Interventionsteams ist, örtliche Krisen zu analysieren, wichtige lokale „Schlüsselpersonen“ zu identifizieren und mit diesen gemeinsam einen Interventionsplan zu erarbeiten. Daran anschließend begleiten die Mitglieder des Mobilen Interventionsteams die Umsetzung des Interventionsplanes in den Kommunen. Zusätzlich gibt es vier sogenannte Beratungsknoten, die als personalisierte Sensoren und Aktivposten in ihren Regionen fungieren und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Die Landeskoordinierungsstelle, die im Landesjugendamt verortet ist, nimmt die Meldungen von Betroffenen entgegen und koordiniert die Aktivitäten innerhalb des Beratungsnetzwerks.

Die Hilfe erfolgt schnell, unbürokratisch und kostenlos. Fachleute von staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen, die ein Expertennetzwerk bilden, beraten Betroffene wie z.B.:

- Kommunen,
- Institutionen,
- Initiativen,
- Bürgerinnen und Bürger.

Hilfen für Aussteiger - Aussteigerprogramm (R)AUSwege aus dem Extremismus und Programm Rückwege

Für alle, die in den Rechtsextremismus abzugleiten drohen oder die schon verstrickt sind, gilt: Niemand wird aufgegeben! Deshalb wurde das **Aussteigerprogramm (R)AUSwege aus dem Extremismus** beim Landesamt für Soziales,

Jugend und Versorgung eingerichtet. Es wendet sich mit einer kostenlosen **Telefonhotline 0800 45 46 000** und über das **Internetportal www.komplex-rlp.de** insbesondere an junge Mitläufer und Sympathisanten



der rechtsextremistischen Szene und bietet ihnen Hilfe an, den Weg aus dem menschenfeindlichen Milieu zu finden. Das Angebot können auch besorgte oder betroffene Eltern wahrnehmen,

für die eigens eine **Elterninitiative** im Rahmen des Aussteigerprogramms geschaffen worden ist. „(R)AUSwege“ steht für den Mut zu einem Neubeginn und ein Leben ohne Hass und Gewalt.

Neben dem Aussteigerprogramm (R)AUSwege setzt das Projekt **Rückwege** bereits dort an, wo Jugendliche und junge Menschen auf der Schwelle zum



Einstieg in ein rechtsextremes Umfeld stehen. Ihnen werden die Konsequenzen ihres Handelns und mögliche Alternativen aufgezeigt, bevor sich extremistische Haltungen verfestigen können.

Rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen und jungen Menschen sollen persönliche und berufliche Perspektiven erschlossen werden. Ebenso wird das Selbstbewusstsein der Betroffenen gestärkt, um sie gegen extremistisches Gedankengut immun zu machen. Die Maßnahmen wirken der weiteren Annäherung an rechtsextreme Gesinnungskreise entgegen. Ein früher Ausstieg aus der Szene und der Rückweg in die Gesellschaft werden ermöglicht.

Weiterführende Informationen zum **Rückwege-Programm** erhalten Sie unter rueckwege@lsjv.rlp.de oder der kostenfreien **Telefon-Hotline 0800 45 46 000**

9. Ansprechpartner gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

**Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus**
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz
Tel.: 06131/16-3773
E-Mail: Praeventionsagentur@isim.rlp.de

**Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
Leitstelle Kriminalprävention**
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz
Tel.: 06131/16-3708

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Valenciaplatz 1-7, 55118 Mainz
Tel.: 06131/65-1

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz
Tel.: 06131/16-2970

**Beauftragter der Landesregierung für
Migration und Integration**
Hintere Bleiche 34-38, 55116 Mainz
Tel.: 06131/16-5626
mifkjf.rlp./landesbeauftragter-fuer-migration-und-integration/

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz
Röntgenstraße 32, 55543 Bad-Kreuznach
Tel.: 0671/9701-160
bildung.rlp.de/pl/standorte.html

Ausstiegshilfen:

**Aussteigerprogramm (R)AUSwege aus dem
Extremismus und Programm RÜCKWEGE**
Kostenlose Hotline: 0800 45 46 000

Beratung:

Elterninitiative gegen Rechts

Beratungstelefon: 06131/967-520

E-Mail: Elterninitiative@lsjv.rlp.de

Rheinland-pfälzisches Beratungsangebot für Opfer von rechtsextrem motivierten Übergriffen

Tel.: 06131/2877789

Email: opferberatung@lsjv.rlp.de

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Landeskoordinierungsstelle im Landesjugendamt

Tel.: 06131/967-185

E-Mail: beratungsnetzwerk@lsjv.rlp.de

www.beratungsnetzwerk-rlp.de

Beratungsknoten Koblenz - Mittelrhein

E-Mail: beratungsknoten-ko@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Westerwald

E-Mail: beratungsknoten-ww@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Mainz - Rheinhessen - Nahe

E-Mail: beratungsknoten-mz@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Trier

E-Mail: beratungsknoten-tr@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Nordwestpfalz

E-Mail: beratungsknoten-ku@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Süd- und Vorderpfalz

E-Mail: beratungsknoten-lu@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Südwestpfalz

E-Mail: beratungsknoten-ps@lsjv.rlp.de

Medien:

**Internet-Portal *Rheinland-Pfalz gegen Rechts-
extremismus* des Ministeriums des Innern, für Sport
und Infrastruktur**

www.gegen-rechtsextremismus.rlp.de

KOMPLEX

Kommunikationsplattform gegen Rechtsextremismus

Information, Beratung, Chat und Foren für Jugendliche,
Eltern und Fachkräfte

www.komplex-rlp.de

Impressum

Herausgeber:

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz

Druck:

Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz

Die Broschüre ist auch über das Internet abrufbar, unter:

www.verfassungsschutz.rlp.de



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM
DES INNERN, FÜR SPORT
UND INFRASTRUKTUR

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz

Telefon: 06131/16-3773
www.verfassungsschutz.rlp.de